Wie man aus einem Mann ohne Vergangenheit einen Mann der Vergangenheit macht

Nach Heynowski & Scheumann „Der Mann ohne Vergangenheit", (Verlag der Nation 1969)

Als die britische Wochenzeitung „New Statesman" das Porträt des Franz Josef Strauß entwarf, machte sie eine sehr treffende Entdeckung: demnach halte sich das deutsche Monopolkapital eine spezielle Klasse von Erfüllungsgehilfen, die um ihres Lebensunterhaltes und ihrer Karriere willen von der Politik abhängig sind: „Seit dem Ende der Kaiserzeit und der Niederlage der Revolution vor 50 Jahren war die deutsche Politik fest in den Händen dieser speziellen Klasse — einer Untergruppe der unteren Mittelklasse, die hofft, durch die Politik in die obere Mittelklasse oder noch weiter hinaufzusteigen. Erzberger, Stresemann und Brüning, Hitler, Goebbels und Himmler; Adenauer, Erhard und Kiesinger — was auch immer sie unterschied, und diese Unterschiede sind natürlich beträchtlich — verkörperten den gleichen sozialen Typ: den aufgeweckten Jungen aus einer bescheidenen Familie, dessen Kapital sein politisches Talent ist. Um daraus das Beste machen zu können, muß er wissen, wem er tatsächlich dient, und er darf gewisse Grenzen nicht überschreiten. Jede Konzeption nationaler Belange, die mit den Interessen des Großkapitals kollidieren könnte, ist für ihn tabu. Innerhalb dieses Rahmens hat er vollständig freie Hand."

Einer der Leute, die sich das Monopolkapital hält, weil sie diese Qualifikationsmerkmale erfüllen, ist der:

HORST RUDOLF UBELACKER, 34 Jahre, Bankassessor der Bundesbank, Bundesvorsitzender des Arbeitskreises Sudetendeutscher Studenten, Vorstandsmitglied im Witiko-Bund, Mitglied des Landesvorstandes Bayern und der Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Mitglied des Sudetendeutschen Rates . . .

Aus dem Protokoll:

x: Wie sind Sie nun eigentlich in Ihre — so darf man heute doch schon sagen — politische Laufbahn gelangt?

U: Ich bin durch die Familienforschung zu dem Bewußtsein gekommen, Sudetendeutscher zu sein, habe mich danach mit der Geschichte und der Völkerrechtsproblematik befaßt und bin dann im Arbeitskreis Sudetendeutscher Studenten politisch restlos geweckt worden.

x: Die endgültige Weckung — ich gebrauche Ihr Wort — erfolgte also während Ihrer Studienzeit?

U: Ja... Und Würzburg war für mich die entscheidende Station für die politische Tätigkeit.

x: Welche Lehrer waren während Ihrer Würzburger Zeit — die Sie als die entscheidende Zeit bezeichnen — maßgeblich für Sie? Welche haben Sie im Gedächtnis behalten, welchen schulden Sie Dank?

U: Die wesentlichen Lehrer waren zweifellos Professor Raschhofer und Professor von der Heydte, denen ich sehr viel Erkenntnisse und Einsichten verdanke.

Auch in der Schule: Gespenster der Vergangenheit

40 westdeutsche Schulbücher für „Sozialkunde" oder „Gemeinschaftskunde" hat Dr. Volker Nitzschke aus Hörstein für die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft analysiert. Das Ergebnis ist alarmierend. „Man kann auf solche Weise nur Haßgefühle wecken", warnt der junge Wissenschaftler die westdeutschen Pädagogen vor diesen Machwerken, denen er bis auf wenige Ausnahmen „platten Antikommunismus" vorwerfen und hinsichtlich des DDR-Bildes bescheinigen muß: „An ihrer Darstellung ist praktisch alles falsch." Fast immer wird für die DDR der bewußt diskriminierende Name „Sowjetische Besatzungszone Deutschlands" benutzt, nur selten wagt ein Autor die Bezeichnung „sogenannte DDR". Wie in „Der Staat sind wir", Grundriß einer Gemeinschafts- und Sozialkunde von Deuschle, Höfer und Schäde (auf Seite 125 ff.) wird die DDR meist unter den Bundesländern der Bundesrepublik abgehandelt ...

Immer wieder stellt Dr. Nitzschke fest, daß die DDR in den Schulbüchern als „furchtbar und bedrohlich dargestellt" und den prachtvollen demokratischen Verhältnissen in Westdeutschland gegenübergestellt wird. Was da jedoch als Demokratie vorgestellt wird, entpuppt sich als Propaganda für den militaristischen Obrigkeitsstaat: Dr. Nitzschke fand wenigstens zehn Fälle von offener und unkritischer Bismarck-Verherrlichung, die bis zu der Behauptung geht, daß das deutsche Kaiserreich unter Bismarck ein „freiheitlicher Rechtsstaat" gewesen sei. Die DDR sei dagegen ein „riesiges KZ" und der Sozialismus sei „antireligiös .... diktatorisch ... kriegshetzerisch .... arbeiterfeindlich .... menschenverachtend, brutal, skrupellos. Fast immer wird auch der Marxismus mit Faschismus gleichgesetzt", stellte Dr. Nitzschke fest.

ZUR PERSON:

Prof. Dr. Dr. Hermann Raschhofer

1933: *„Das Ermächtigungsgesetz ermöglichte legalerweise die Verlagerung des Ortes der politischen Willensbildung und Entscheidung vom Parlament in die Nationalsozialistische Partei..."*

März 1939: *„Damit sind das tschechische Volk und sein Gebiet wieder unter die Oberhoheit des Reiches gestellt worden, das es 1000 Jahre lang beherbergt hat. Das geschichtliche Recht des Reiches hierzu ist in dem Vorwort zum Führererlaß in klassischen Worten beschworen worden. Der Führererlaß ist ein Hoheitsakt des Reiches."*

Nach 1939 *wurde R. für seine Verdienste um die Pervertierung der Normen des Völkerrechtes auf persönlichen Wunsch des „Reichsprotektors für Böhmen und Mähren", SS-Gruppenführer Karl Hermann Frank, an die Prager Karls-Universität berufen und dort als Direktor des Instituts für Völkerrecht und Reichsrecht eingesetzt.* **1942/44** *gehörte R. zu der berüchtigten Einheit „Bergmann", die unter der Führung des (späteren Bonner Ministers!) Theodor Oberländer stand und zu Diversionsakten im sowjetischen Hinterland sowie zu Massenhinrichtungen der sowjetischen Zivilbevölkerung eingesetzt wurde.* **1944** *wurde R. im Auftrag der berüchtigten „Einsatzgruppe H" des SD in die Slowakei geschickt, um dort an der Niederschlagung des Volksaufstandes mitzuwirken.*

Heute *ist R. Professor mit vollem Lehrauftrag und stellvertretender Vorstand des Instituts für Völkerrecht und Internationale Beziehungen an der Universität Würzburg.*

Zwischen diesen beiden mit Vergangenheit und den vielen anderen, die das Bonner System der Vergangenheit bilden, wurde es dem Mann ohne Vergangenheit leicht, sich dennoch für die Vergangenheit zu entscheiden:

Und das klingt so:

„Das Sudetenland ist die tschechoslowakische Besatzungszone des fortbestehenden Deutschen Reiches. Ebenso wie etwa Nord-Ostpreußen die russisch besetzte Zone ist und das übrige Ostpreußen die polnisch besetzte Zone dieses Deutschen Reiches, und ebenso wie Mitteldeutschland die sowjetische Besatzungszone Deutschlands ist."

„Das Deutsche Reich besteht nach völkerrechtlichen Grundsätzen in den Grenzen fort, die bei — der bei Kriegsausbruch herrschte, der Status, der bei Kriegsausbruch herrschte. Das ist also der 1. September 1939. Und damit ist zugleich gesagt, daß das Sudetenland Bestandteil des Deutschen Reiches ist."

Und auf die Interviewerfrage: „Welchen Platz nimmt denn nun eigentlich die DDR in Ihren Europaplänen ein? Sie wollen Einfluß nehmen auf die sozialistischen Länder — wie wollen Sie dabei die DDR loswerden?" antwortete U.:

„Die DDR loswerden kann man wohl nicht. Man kann nur versuchen, Mitteldeutschland — ich selbst vermeide es möglichst, von 'DDR' zu sprechen — Mitteldeutschland im Rahmen eines Ost-West-Annäherungsprozesses dahin zu bringen, daß es also seine Eigenstaatlichkeit — die es jetzt zu erreichen versucht — endgültig aufgibt und im Interesse Gesamtdeutschlands — eines freiheitlichen und europäischen Gesamtdeutschlands — tätig wird. Das ist also ein sehr langwieriger Prozeß, in dem man noch nicht sagen kann, wie es vorangehen wird."

ZUR PERSON:

Prof. Dr. Dr. Friedr. Augu... Freiherr von der Heydte

1935 *wurde v. d. H. aktiver Soldat. Als Fallschirmjägeroffizier sprang er 1941 auf Kreta ab und erhielt dafür das Ritterkreuz.* **1944** *wurde er mit dem Eichenlaub zum Ritterkreuz dekoriert. Seinen Leuten rief er vor der militärisch völlig aussichtslosen Ardennenoffensive diese Brunft: „Ich verlange, daß jeder Soldat alle menschlichen Wünsche aufgibt. Wer auf die preußische Fahne schwört, hat nichts mehr, was ihm selber gehört. Wer Fallschirmjäger ist und zu meinem Regiment kommt, gibt alles auf. Es gibt in Zukunft nur noch ein Gesetz für ihn — das Gesetz meiner Einheit."*

1962 *wurde v. d. H. — als erster Reserveoffizier der Bundeswehr! — vom damaligen Verteidigungsminister Strauß zum Brigadegeneral der Reserve befördert.*

1963 *bekannte er sich öffentlich zur „Apartheid"-Politik der Südafrikanischen Union: „Die Neger sind doch nun mal keine Menschen... Leider gibt es so viele von ... Richtige Tiere sind sie noch nicht. Ich kann die UNO nicht verstehen, die immer fest draufhauen: Je mehr umkommen, desto besser."*

1965 *bescheinigte das Landesgericht Würzburg, daß es nicht den Tatsachen entspreche zu behaupten: „Die Absetzung um Professor von der Heydte strebte die Ablösung der im Grundgesetz verankerten parlamentarischen Demokratie durch einen autoritären Ständestaat klerikal-faschistischer Observanz an."*

Heute *ist v. d. H. ordentlicher Professor für Staats- und Verwaltungsrecht und Politische Wissenschaften sowie Vorstand des Instituts für Völkerrecht und Staatsrecht der Universität Würzburg.*

Vergebliche Suche nach einer Alternative zum Kommunismus

Worte, Taten, strategische Absichten

Die Angebote rechter SPD-Führer an pseudowissenschaftlichen Gesellschaftskonzeptionen / Von Dr. Otto Seifert, Institut für internationale und westdeutsche Fragen

Die imperialistischen Theoretiker suchen krampfhaft nach Konzeptionen, die das historisch überholte kapitalistische System retten sollen. In diesem Zusammenhang bieten eine Reihe rechte sozialdemokratische Funktionäre eine pseudowissenschaftliche Gesellschaftskonzeption zur angeblichen Lösung aller gesellschaftlichen Probleme der Zukunft als Alternative gegen den Kommunismus an.

In dem Buch „Der Weg ins Jahr 2000" entwickelte der Vorsitzende der Kommission für das Jahr 2000, der Amerikaner Daniel Bell den Vorschlag, daß man durch Programme, Planung und neue Institutionen soziale Konflikte steuern könne. In der Wochenzeitung „Die Zeit" (28. 11. 1969) kommt er zu der Schlußfolgerung, daß aber zur Erhaltung der staatsmonopolistischen Gesellschaft die „alte Ideologie des Westens erschöpft sei". „Die geistige und politische Haltlosigkeit ist offenkundig."

Im „Bergedorfer Gesprächskreis zu Fragen der freien industriellen Gesellschaft" wurden auch schon 1964 in dem Gespräch zwischen antikommunistischen Theoretikern und Industriellen sowie deren Funktionären ähnliche Fragen für Westdeutschland behandelt. Der Vertreter der Springer-Zeitung „Die Welt" warf die Frage auf, daß man sich bisher im Kampf gegen den Kommunismus auf die materiellen Unterschiede konzentriert habe, dieser Vorteil würde sich aber bald erschöpfen. Daraufhin forderte der Vertreter des Deutschen Industrieinstitutes Köln, den Antikommunismus zu verstärken und ihn zur Sache aller Institutionen in der Bundesrepublik zu erheben.

Durch diesen sogenannten 11. Gesprächskreis zog sich die Angst, daß der Kommunismus in den Westen eindringen könne. Rüdiger Altmann als Vertreter des Deutschen Industrie- und Handelstages verlangte schon auf dieser Tagung, daß man gegen den Kommunismus ideologisch differenzierter und geschmeidiger vorgehen müsse, um eine „Aufweichung" des Westens zu verhindern.

Altmann und einige andere Theoretiker entwarfen dann in der folgenden Zeit die Konzeption von der „Formierten Gesellschaft", die Erhard erstmalig auf dem CDU-Parteitag 1965 vortrug. Diese offen imperialistische Gesellschaftskonzeption erhielt keine Massenwirksamkeit, sie weckte im Gegenteil den Widerstand der demokratischen Kräfte in Westdeutschland und brachte nicht den Erfolg für die imperialistischen Kreise.

In der Bundesrepublik nahmen in den Jahren 1966/67 die Diskussionen über die Gestaltung der Zukunft der Gesellschaft zu. Es entwickelte sich die antiimperialistische Studenten- und Schülerbewegung, es kam zu Streiks und anderen Komplaktionen, der DGB stellte seine Mitbestimmungsforderungen auf. Der Einfluß des Sozialismus in Theorie und Praxis nahm besonders durch die ständige Stärkung der DDR zu. Marx und Lenin wurden wieder unter bestimmten Teilen der Jugend, der Arbeiterschaft und der Intelligenz gelesen, und sie versuchten ihre Theorie in die Praxis umzusetzen. Walter Ulbricht schrieb dazu: „Vollzog sich der Kampf zwischen Sozialismus und Imperialismus, zwischen Fortschritt und Reaktion, zwischen Frieden und Krieg früher zunächst fast ausschließlich auf dem Boden der einzelnen Länder, so hat er in unserer Epoche weltweite Dimensionen angenommen. Er wird zugleich sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene geführt. Heute gibt es keinen Landstrich mehr, der nicht in diese Auseinandersetzung einbezogen wäre. Es gibt auch keine Klasse oder soziale Schicht, die abseits dieses Kampfes stehen könnte. Und es gibt keinen Bereich gesellschaftlichen Lebens, in dem die Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus nicht entbrannt ist. Sie wird ausgefochten in der Politik und in der Ideologie, in Wirtschaft, Wissenschaft und Technik, im Bildungswesen, in der Kultur und auf vielen anderen Gebieten." (Einheit, Heft 4, 1970, S. 388/89)

In dieser für die Bourgeoisie außerordentlich komplizierten Situation verhalfen rechte sozialdemokratische Führer im Jahre 1966/67 der Bourgeoisie aus der Krise. Herbert Wehner schrieb in einem Artikel zum Thema „Der Weg in die siebziger Jahre", daß die Sozialdemokratie in den Krisenjahren 1966/67, in denen es „um den Bestand des Ganzen" ging, die Handlungsfähigkeit der kapitalistischen Gesellschaft rettete. Heute käme es aber darauf an, die „Lebensordnung" der Bundesrepublik im „Westbewerb" mit dem sozialistischen System zu sichern. („Die Neue Gesellschaft", Nr. 2, 1969.)

In diesem Zusammenhang behauptet die rechte und zur Zeit tonangebende Führungsgruppe in der SPD von ihrer Konzeption — auf der Grundlage der Schwerpunkte für eine Gesellschaftspolitik der SPD, die Schiller 1966 verkündete („mündige Gesellschaft") —, daß sie für die gegenwärtige Systemauseinandersetzung die beste sei und daß die SPD zu ihrer angeblichen Verwirklichung die beste Mannschaft besitzen würden. In den „Perspektiven sozialdemokratischer Politik im Übergang zu den siebziger Jahren" (Hamburg 1969, S. 33) heißt es dazu: „Der Stand der Wissenschaft erlaubt es heute, vorauszuschauen. Eine zukunftsorientierte Politik muß also von dem Willen beseelt sein, erkennbare und unerwünschte Entwicklungen zu unterbinden, erkennbare und unvermeidliche Entwicklungen frühzeitig in den Griff zu bekommen, vor allem aber wünschenswerte Entwicklungen zu erkennen, zu fördern und einzuleiten. Dies verlangt eine Politik der Vorausschau und der mittel- und langfristigen Planung. Ohne eine solche Politik sind die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Vorgänge weder überschaubar noch kontrollierbar." Hier bieten die rechten Führer der SPD der Bourgeoisie ein System der Steuerung von gesellschaftlichen und ökonomischen Prozessen an, das den Monopolen einen höheren Profit verspricht, einen leistungsfähigeren Staat, die Lösung der Strukturprobleme, und ihre Partei als Instrument zur Absicherung von Krisen.

Das scheinwissenschaftliche Gesellschaftsbild der SPD wird von einigen sozialdemokratischen Theoretikern als die Alternative bezeichnet. Wirkliche Alternativen zum kapitalistischen System sollen damit aber in der Bundesrepublik abgelangen werden. Diese Theoretiker sind der Meinung, daß es gegenwärtig ohne sozialdemokratische Alternative nur zwischen Resignation oder Revolution zu entscheiden gebe. Revolution, grundsätzliche gesellschaftliche Veränderungen, die das staatsmonopolistische System angreifen, müßten aber verhindert werden.

Willy Brandt betonte in diesem Zusammenhang in einem Aufsatz, daß die „sozialdemokratische Alternative" eine „entschiedene kompromißlose Absage an den Kommunismus" bedeutet. Bruno Kreisky, der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Österreichs, kommentierte dies damit, daß es gerade Aufgabe der Sozialdemokratie sei, eine Alternative zum Kommunismus zu erarbeiten. (Vgl. „Die neue Gesellschaft", Bonn, 1. Mai 1969, Sonderheft)

Im Zusammenhang mit der zunehmenden Systemauseinandersetzung, mit dem Vormarsch des Sozialismus in der Welt bieten [illegible] rechten Theoretiker und Politiker der SPD der Bourgeoisie mit einer sogenannten Alternative gegen den Kommunismus das Leben des kapitalistischen Systems etwas verlängern können und die schwindende Massenbasis den Spätkapitalismus abzusichern. Mit scheindemokratische Zugeständnisse und [illegible] die insgesamt verworrene Konzeption ist [illegible] imperialistische Plattform für die [illegible] verdeckter als die der CDU und von [illegible] sen schwerer zu durchschauen. Dabei [illegible] rade im Antikommunismus die Hauptaufgabe dieser Alternative gesehen. Hier soll der Einfluß des wissenschaftlichen Sozialismus auf die Arbeiterklasse und andere Schichten abgewogen und damit die Entwicklung von Klassenbewußtsein verzögert werden. Gleichzeitig versucht man hier die zunehmende Rolle der SPD als sozialistischer Alternative, als der Partei für die Lösung der gesellschaftlichen Prozesse abzuschirmen.

Somit gehen auch die rechten SPD-Führer nicht auf ideologischem Gebiet völlig auf die Position des Imperialismus über. Mit der engeren Kettung der Partei an den Imperialismus, mit dem Mißbrauch zahlreicher [illegible] demokratischer Mitglieder für diese Politik wird die gesamte sozialdemokratische Partei [illegible] gleichen Niederlage entgegengeführt, wie sie jede andere bürgerliche Partei [illegible] oder noch erleben wird. Antikommunismus als Leitbilder haben im Jahre 2000, im Jahrhundert des Leninismus keine Perspektive.